

Thema

Der Bund

Eliteschulen oder Volksunis?

Noch liefern unsere Universitäten Spitzenleistungen - die Frage, ob das auch in Zukunft möglich und sinnvoll ist, scheidet die Geister

An den Universitäten wird die wichtigste Ressource der Schweiz gefördert: Bildung. Nur gleichen sie derzeit eher Baustellen als Goldgruben. Was läuft schief? Kenner aus Wirtschaft, Verwaltung und Studentenschaft im Gespräch.

Ingrid Hess, Reto Wissmann, Patrick Imhasly (Gespräch), Adrian Moser (Bilder)

«Bund»: Glaubt man besorgten Forschern, so stehen unsere Hochschulen vor dem Abstieg in die zweite internationale Liga. Wie schlecht sind unsere Unis wirklich?

Christian Aeberli: Unsere Universitäten sind nach wie vor gut. Wie internationale Rankings zeigen, sind die ETHs sogar sehr gut. Unser Land hat die optimalen Bedingungen, um ein Hochschulstandort zu sein. Und künftig sollte im Sinne einer klaren Positionierung mindestens eine kantonale, universitäre Hochschule den Weltruf erlangen, wie ihn die ETHs heute schon haben. Andere Unis sollen sich eher europäisch oder national ausrichten.

Nivardo Ischi: Man muss zwischen Forschung und Lehre unterscheiden. Die Grundlagenforschung hat sich im internationalen Wettbewerb zu messen. Das gilt nicht nur für die ETHs, sondern für jede kantonale Uni. Bei beiden gibt es Institute, Professoren und auch Studenten, die Spitzenleistungen erbringen. Deshalb finde ich die Einteilung der Hochschullandschaft in Universitäten mit internationaler und solche mit rein lokaler Ausstrahlung zu reduktionistisch. Jede Universität oder ETH soll allein oder im Verbund mit anderen Schwerpunkte setzen, um Studenten aus der ganzen Welt anzuziehen. Eine kleine Uni verfügt vielleicht über ein bis zwei Schwerpunkte, eine ETH hat entsprechend mehr Möglichkeiten. Die Lehre hingegen ist für unseren eigenen Bedarf da, für die Wirtschaft, die Verwaltung oder die Medien.

Franz Imhof: Die Frage müsste vielmehr lauten: Wieso sind die Schweizer Universitäten immer noch so gut, gerade angesichts der explodierenden Studentenzahlen? Ich denke, das ist deshalb der Fall, weil an den ETHs und an den kantonalen Unis die Ausbildung immer noch gut ist. Es geht also nicht darum, einige wenige Spitzenuniversitäten zu schaffen, sondern darum, den Bürgern die Möglichkeit einer guten Ausbildung zu geben. Noch kriegen die Studierenden mit relativ wenig Mitteln eine in ihrer Substanz gute Ausbildung.

Martin Fischer: Ich kann Herrn Ischi nur beipflichten. Die Unterscheidung zwischen einer Top-Uni, einer europäischen und einer regionalen Uni für Freiburg und Umgebung ist nicht realistisch. International betrachtet gibt es immer wieder kleine Unis, die auf einem speziellen Gebiet an der Spitze stehen. Einer

solchen Uni zu sagen, sie hätte sich regional auszurichten, widerspricht dem Autonomiegedanken und schadet dem Wissenschaftsplatz Schweiz insgesamt.

Immer wieder ist die Rede vom internationalen Ruf der Universitäten. Dabei brauchen wir doch Leute, die hier in der Schweiz arbeiten können. Wie wichtig ist denn überhaupt eine solche Aussenwahrnehmung?

Ischi: Die Universitäten haben die Aufgabe, junge Leute auszubilden, einen Beitrag zur Entwicklung des Wissens zu leisten und unsere Kultur zu bewahren. Studien, Rankings und internationale Vergleiche setzen in dem Sinne am richtigen Ort an, dass sie aufzeigen, wo ein Problem bei der Qualität besteht. Jeder meint, er sei der Beste, bis ein Rektorat oder eine Regierung auf diese Weise merkt, dass eine Nachbaruni mindestens so gut ist. Oder dass plötzlich sieben Universitäten besser sind. Genau das kann den berühmten Kick hin zu einer Verbesserung auslösen.

An der Uni Bern hat sich ein Professor gegen die Beförderung eines Kandidaten ausgesprochen wegen dessen mangelnder sozialer Kompetenz. Das haben ihm viele Kollegen übel genommen.

Ischi: Das passiert immer wieder, solange man die Qualitätssicherung auf die Forschung bezieht und sich nicht anschaut, wie die Lehre funktioniert. Wenn aber an den Unis auch die Qualität der Lehre systematisch überprüft wird und die Dozenten das wissen, sind die Auswirkungen phantastisch.

Imhof: Qualitätssicherung ist gut und recht. Für uns entscheidend ist aber die Frage der Konsequenzen. Als Studierender findet man schnell heraus, ob ein Professor zuhören kann, pädagogisch begabt ist oder nicht. Im Moment ist der Professor immer noch König auf Lebzeit. Man kann ihn zu nichts zwingen, nicht einmal zu einer didaktischen Zusatzausbildung. So gesehen ist der Ansatz falsch, die Qualität über finanzielle Anreize zu steuern. Ist ein Institut schlecht, wird es mit weniger Mitteln noch schlechter. Besser wäre es, die Verantwortlichen direkt anzugehen und einen Professor vielleicht nicht auf ewig anzustellen. Wie alle andern müsste dann auch er um seinen Job bangen.

Herr Fischer, ist im geplanten neuen Hochschulrahmengesetz die Abschaffung der Lebensanstellung von Professoren vorgesehen?

Fischer: Nein, bestimmt nicht. Die Anstellung der Dozierenden wird auch künftig Sache der Hochschulen sein. Und das ist richtig so. Die Unis können selbst am besten entscheiden, was sie brauchen.

Aeberli: Auch in Bezug auf die Führungs- und Leitungsstrukturen an unseren Hochschulen sind wir mitten in einem Wandel. Wie überhaupt in der Internationalisierung unserer Unis, der Umsetzung des Bologna-Modells oder der Wahrnehmung von Rankings. Vieles davon findet noch nicht real statt, sondern wird erst prospektiv gedacht. Unser Ziel ist, einen starken Schweizer Bildungsplatz zu erhalten, in der Hoffnung, auch künftig wettbewerbsfähig zu sein.

Brauchen wir dazu Elite-Unis, wie es die Denkfabrik Avenir Suisse fordert?

Aeberli: Was es braucht, sind gute Ausbildungsplätze für alle. Dabei sind die Bedürfnisse einfach unterschiedlich. Eine regional orientierte Hochschule kann eine pädagogische Hochschule sein, die für Ausbildung von Primarlehrern - dem wohl wichtigsten Beruf überhaupt - sehr zentral ist. Hier muss die

Lehre ausgezeichnet sein. Anders an den ETHs, die sich mit hervorragenden Forschungsleistungen international profilieren. Hier sind die fachlich leistungsfähigsten Studenten gefragt.

Ischi: Wo wir den Begriff «Elite» bewusst brauchen wollen, ist in der Verbesserung der Doktorandenausbildung. Hier besteht grosser Nachholbedarf.

Bundesrat Couchepin schlägt vor, die Universitätspolitik beim Bund zu zentralisieren und gleichzeitig die Autonomie der Universitäten auszubauen. Was halten Sie von dieser Idee?

Ischi: Ende Juni hat sich die Schweizerische Universitätskonferenz an ihrer Klausurtagung grundsätzlich gegen eine Zentralisierung der Hochschulpolitik beim Bund ausgesprochen. Sie befürwortet vielmehr eine partnerschaftliche Universitätspolitik von Bund und Kantonen, welche auf autonome Hochschulen gründet.

Aeberli: Ich begrüsse den Vorstoss von Bundesrat Couchepin. Damit signalisiert er den Reformbedarf unseres Hochschulsystems. Und er verweist auch auf ein Problem: die mangelnde Steuerungs- und Erneuerungsfähigkeit der rund 70 eidgenössischen, kantonalen oder interkantonalen Hochschulinstitutionen. Ein solch grosse Zahl ist nicht nur unwirtschaftlich, sondern lässt auch keine kritischen Massen entstehen, die es braucht, damit hervorragende akademischen Leistungen zum Blühen kommen. Die Verantwortlichkeiten des Bundes und der Kantone für das Hochschulsystem überschneiden sich und sind teilweise unklar. Auch innerhalb der Bundesverwaltung beschäftigen sich zu viele Stellen mit Hochschulfragen. Leider hat es Bundesrat Couchepin bei der Präsentation seines Vorschlags für die Hochschulen verpasst, die dringend notwendige Reform der Bundesverwaltung bzw. die Schaffung eines einzigen Bundesamtes für Bildung, Wissenschaft und Kultur anzukündigen.

Fischer: Es hiesse, eine Chance zu verpassen, wenn im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für eine neue Hochschulgesetzgebung nicht offen über alle möglichen Szenarien diskutiert würde. Denkbar sind nämlich ganz verschiedene Modelle. Welches in der Zukunft politische Mehrheiten findet, wird man sehen. Ein Punkt aber wird besonders wichtig sein: Die künftige Hochschulgesetzgebung muss den Hochschulen grösstmögliche Autonomie und Eigenverantwortung zugestehen.

Imhof: Eine strukturelle Harmonisierung der Universitäten - zum Beispiel beim Studienbeginn oder beim Ablauf der Studiengänge - ist dringend nötig. Das erlaubt, die Kooperation zwischen den Unis zu verbessern. Erreicht werden kann das durch eine stärker Zentralisierung der entsprechenden Kompetenzen. Ein guter Anfang wäre die Schaffung eines einzigen Bildungsdepartementes mit klaren Regelungen, dem Willen und den Möglichkeiten zur nationalen Koordination. Ein zu stark zentralisiertes System kann allerdings schnell dazu führen, dass die Interessen einzelner Regionen und ihrer Studierenden zu wenig beachten werden. Eine bessere Koordination darf weder zu amputierten Teiluniversitäten führen, welche nur noch auf bestimmte Gebiete fixiert sind, noch zu einem gleichgeschalteten Hochschulsystem, in dem überall dasselbe erzählt wird.

Dass sich die Schweizer Hochschulen reformieren müssen, ist unbestritten. Uneinigkeit besteht in der Antwort auf die Frage, wie viel Geld es dazu braucht.

Fischer: Unsere Hochschullandschaft steht heute noch gut da, weil wir in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren entsprechend investierten. Und weil die Studentenzahlen erst nach den 80er-Jahren drastisch

zugenommen haben. Für die Jahre 2004 bis 2007 steht - trotz Sparmassnahmen - mehr Geld für Forschung und Bildung zur Verfügung. Trotzdem wird die Finanzierungslücke grösser, weil die Zahl der Studierenden noch stärker ansteigt. In dieser Situation kann man versuchen, sehr viel mehr Geld aufzubringen, oder man kann schauen, ob die vorhandenen Mittel wirklich effizient eingesetzt werden. Der Bund wird sich auch künftig für die Hochschulen engagieren. Aber bei der heutigen Finanzlage ist klar, dass man fra-

Weniger Geld, mehr Studierende

Die Hochschulen müssen sich reformieren
Claudine Böhlen

Bildung, Wissen und Können sind entscheidende Faktoren zur Erhaltung des Wohlstands. Stärker denn je sieht sich die Schweiz auch auf dem Bildungsmarkt dem rauen Wind internationaler Konkurrenz ausgesetzt. Das gilt insbesondere für die zehn kantonalen Universitäten und die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH). Bildungsfachleute sind sich einig: Ohne Reformen drohen die schweizerischen Hochschulen in die zweite Liga abzurutschen.

Die wirtschaftsnahe Denkfabrik Avenir Suisse hat in diesem Jahr gleich zwei Studien mit Vorschlägen zur Förderung der Qualität der schweizerischen Hochschulen vorgelegt. Die eine - sie entstand in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsverband Economiesuisse - postuliert unter anderem höhere Studiengebühren. Die Rede ist von jährlich 5000 Franken. Heute bezahlen die Studierenden im Schnitt 1300 Franken - im Vergleich zu andern Ausbildungen ein bescheidener Betrag. Mit den zusätzlichen Einnahmen aus den Studiengebühren, so die Studie, könnten zur Hebung der Qualität des Unterrichts mehr Dozenten angestellt werden.

Drei Kategorien von Unis

Überfüllte Hörsäle und mangelhafte Betreuung der Studierenden sind gemäss Studie Hauptgründe für die schlechter werdende Qualität. Die Zahl der Studierenden hat in den letzten 20 Jahren markant zugenommen. Allerdings haben die Beiträge der öffentlichen Hand an die Hochschulen mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Noch ungewiss ist, wie weit sich die Sparprogramme des Bundes auf die Finanzen der Hochschulen auswirken werden. Immer drängender stellt sich die Frage nach zusätzlichen Einnahmequellen.

Zur Profilierung im internationalen Umfeld schlägt die zweite Avenir-Suisse-Studie die Einführung eines so genannten trivalenten Hochschulsystems vor. Das Ziel ist, den verschiedenen Interessen und Talenten der Studierenden gerecht zu werden. Danach gäbe es drei Kategorien von Hochschulen: national, europäisch und global ausgerichtete. Letzteren würden zum Beispiel die beiden ETHs als Spitzenuniversitäten entsprechen. Diese neue Architektur der schweizerischen Hochschullandschaft setzt allerdings einen Konsens voraus über die künftige Ausrichtung der Hochschulen. Einigen müssen sich der Bund und die Kantone.

Heisse Debatten stehen an

In welche Richtung die Politik die Reformen im Bildungssektor steuern wird, ist noch nicht abzusehen. Heisse Debatten stehen an. Jetzt schon laufen Diskussionen auf verschiedenen Ebenen. Im vergangenen Mai schickte eine Nationalratskommission neue Verfassungsbestimmungen über die gesamte Bildungspolitik in die Konsultation. Danach sollen Bund und Kantone gemeinsam für hohe Qualität und Durchlässigkeit im Bildungsraum Schweiz sorgen. Das hätte auch für die universitären Hochschulen zu gelten.

Couchepins Alleingang

Parallel dazu befasst sich seit April 2003 eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Bund und Kantonen unter dem Vorsitz von Charles Kleiber, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, mit Vorschlägen für ein neues Hochschulgesetz. Innenminister Pascal Couchepin möchte dem Bund in der Hochschulpolitik mehr Kompetenzen zuschanzen. Geht es nach ihm, soll der Bund die Verantwortung für das gesamte Hochschulsystem - mindestens aber für die Medizin und die Forschung - übernehmen. In beiden Fällen könnten die Kantone mitreden, vor allem aber sollen sie für jeden Studenten Beiträge an den Bund abliefern. Entsprechend negativ sind die ersten Reaktionen der kantonalen Bildungspolitiker auf Couchepins Vorschläge ausgefallen.

In den Hochschulen selbst stehen zurzeit weniger strukturelle Fragen als praktische Probleme im Vordergrund. Man ist dabei, unter zunehmendem finanziellem Druck das Abkommen von Bologna umzusetzen. Dieses hat zum Ziel, die heterogenen nationalen Bildungssysteme auf Universitätsstufe zu harmonisieren und so einen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Bis 2010 sollen auch die Schweizer Hochschulen gemäss den verbindlichen Bologna-Richtlinien funktionieren. Diese sehen einen praxisnahen Bachelor-Grad nach drei Jahren und die Weiterbildung zum Master nach weiteren zwei Jahren im Vollzeitstudium vor.

Was kostet? Wer bezahlt?

Rund 100 000 Männer und Frauen - darunter etwa ein Fünftel Ausländer und Ausländerinnen - studieren derzeit in der Schweiz an einer universitären Hochschule. 2002 betrug der Aufwand 4,59 Milliarden Franken. Der Bund ist der wichtigste Geldgeber. Er stellt 45 Prozent der Mittel zur Verfügung. Der Bundesanteil ist besonders hoch bei den ETHs in Zürich und in Lausanne. Die Höhe des Aufwands ist von Hochschule zu Hochschule sehr unterschiedlich und variiert je nach Grösse und Fachbereichsgruppen. Zu den teuersten Studien gehören die Naturwissenschaften, die Medizin und die Pharmazie.

gen muss: Wo besteht Optimierungspotenzial?

Es soll also nicht mehr jede Universität alle Fächer anbieten.

Fischer: Wenn jemand Klimatologie studieren will, dann soll er nach Bern gehen und für Musikwissenschaften zum Beispiel nach Genf. Die Debatte über Mobilität und über den Sinn des Vollangebots jeder einzelnen Uni muss geführt werden. Das sollten auch die Studierenden einsehen. Vor allem, weil es ja nicht nur um das Sparen geht, sondern auch darum, durch kritische Masse eine hohe Qualität der Ausbildung zu erreichen.

Imhof: Die meisten Leute suchen sich für ihr Studium nicht diejenige Uni aus, die in einem Rating für ein bestimmtes Fach besonders gut abgeschlossen hat. Vielmehr gehen sie an die Uni, die am nächsten liegt. Mit einer erhöhten Anforderung an die Mobilität der Studenten errichtet man auch höhere Hürden. Doch: Ist das gesellschaftlich erwünscht? Im Übrigen wird die Mobilität durch die grossen kantonalen Unterschiede bei der Vergabe von Stipendien erschwert. Ein Zürcher geht nicht in den Kanton Genf studieren, weil er da gleich viel Geld bekommt, wie wenn er in Zürich bleiben würde.

Ischi: In diesem Punkt stimme ich Ihnen zu. Das ist eindeutig ein Problem.

Aeberli: Nicht zu vergessen ist das grosse Sparpotenzial, das an den Unis vorhanden ist. Basel hat es vorgemacht mit der Schliessung der wenig belegten Studiengänge in Geologie, Slawistik und Astronomie. Wer diese Fächer studieren will, muss sich halt eine Stunde lang in den Zug nach Zürich setzen, was durchaus zumutbar ist.

Ischi: Wir müssen die Finanzierungsmechanismen innerhalb der Universitäten überarbeiten. Und zwar mit einer Kostentransparenz über die Querfinanzierung. Die Medizinstudenten machen 15 Prozent der Studierenden einer Uni aus, sie beanspruchen aber 40 Prozent der Mittel. Es geht doch nicht an, dass die Studierenden der Sozialwissenschaften die Medizinstudenten subventionieren. Solange ein Institut von einer Querfinanzierung lebt, denkt doch niemand daran, es zu schliessen.

Das entspricht Bundesrat Couchepins weniger radikalem Vorschlag: Der Bund soll mindestens die Hochschulmedizin vollumfänglich übernehmen.

Ischi: Im Moment werden mehrere Modelle diskutiert. Zuerst einmal muss man aber für die ganze Schweiz herausfinden: Wie viel kostet die Ausbildung, Lehre und Forschung in den Universitätsspitalern und was machen diese Kosten für einen Anteil aus? So viel ist jetzt schon klar: Es ist nicht Sache der Universitäten, mit ihrem Budget die Weiterbildung der Mediziner nach dem Staatsexamen zu finanzieren. Solche Kosten müssen Bund und Kantone aus andern Budgets aufbringen, eventuell mit der Beteiligung der Weiterzubildenden selbst.

In der Schweiz beträgt der Anteil der Hochschulabsolventen an der Gesamtbevölkerung bei Abschluss rund 18 Prozent - er ist tiefer als in jedem andern vergleichbaren Land. Was läuft schief bei uns?

Imhof: Das Problem ist: Es gibt keine Chancengleichheit in der universitären Ausbildung. 80 Prozent der Schweizer Studierenden stammen nämlich aus bildungsnahen Schichten, wo mindestens ein Elternteil einen akademischen Abschluss hat. Hinzu kommen Ungleichheiten, die mit dem Geschlecht zu tun haben. Auf der Ebene der Doktoranden beträgt der Frauenanteil einen Viertel, bei den Professoren sind es gerade mal zehn Prozent. Für mich sind diese Zahlen schockierend.

Das ist doch aber ein gesellschaftliches Phänomen. Lässt sich das mit einer andern Hochschulpolitik aus der Welt schaffen?

Aeberli: Das Problem des Bildungshintergrunds ist auch in meinen Augen Ausdruck eines Missstands: Der beste Indikator für schulische Leistungen ist die soziale Herkunft. Nur stellen die Hochschulen tatsächlich den falschen Ansatz dar, um darüber zu diskutieren. Das Entscheidende - die Ausbildung des

Gehirns - geschieht in den ersten null bis zehn Jahren. Um dieses Problem anzugehen, bräuchte es also eine frühere Einschulung, gute ausserschulische Förderung, Tagesschulen usw.

Ischi: Man darf nicht vergessen, dass ein zusätzlicher Weg in die Hochschule besteht: Lehre, Berufsmatur, Fachhochschule und dann der Übergang an die Universität. Auch wenn dieser Weg noch nicht so oft begangen wird.

Aeberli: Da sprechen Sie die so genannte Durchlässigkeit an. Ein Jahre altes Thema, allerdings haben es die Universitäten bis heute zu wenig geschafft, eine Brücke zu den Fachhochschulen zu bauen.

Imhof: Viele scheinen zu vergessen, dass der Ansatz in den beiden Institutionen verschieden ist. Die Unis bieten eine wissenschaftliche Ausbildung, die Fachhochschulen eine Berufsausbildung. Im Prinzip soll sich jemand mit einer Berufslehre später an der Uni wissenschaftlich weiterbilden können. Diesen Übergang blockieren aber insbesondere die ETHs, indem sie sich mit dem Schildchen der «Exzellenz» schmücken. Sie wollen ihre Studierenden so restriktiv wie möglich auswählen.

Nivardo Ischi, Generalsekretär der Schweizerischen Universitätskonferenz: «Sozialwissenschaften dürfen nicht Medizin finanzieren.»

Franz Imhof, Student(inn)enschaft der Universität Bern: «Im Moment ist ein Professor immer noch König auf Lebzeit.»

Christian Aeberli, Bildungsexperte der Denkfabrik Avenir Suisse: «Es braucht gute Ausbildungsplätze für alle.»

Martin Fischer, Informationsbeauftragter im Bundesamt für Bildung und Wissenschaft: «Die Hochschulen müssen autonom bleiben.»

Hochschullandschaft Schweiz: 10 kantonale und zwei eidgenössische Hochschulen

Die Preisträchtige

ETHZ · Die 1855 gegründete ETH Zürich ist auf Naturwissenschaften und Technologie spezialisiert. Sie ist in der Forschung sehr aktiv und erfolgreich. Auch international genießt sie einen ausgezeichneten Ruf. Mit der ETH Zürich sind die Namen von 20 Nobelpreisträgern verbunden.

Studierende: 11 700 Studiengebühren: Fr. 550/Semester.

Die Brücke zur Dritten Welt

EPFL · Die Westschweizer Schwester der ETH Zürich wird erst seit 1969 als eidgenössisches Institut geführt. Gegründet wurde die heutige ETHL 1853 als «Ecole Spéciale de Lausanne», ab 1869 gehörte sie zur «Académie de Lausanne». Sie ist auf die technischen Wissenschaften spezialisiert und beteiligt sich

laufend an europäischen Entwicklungsprogrammen. Tradition hat für die EPFL auch die Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt.

Studierende: 5500

Studiengebühren: Fr. 550/Semester

Die Älteste

Uni Basel 1459 gegründet, ist sie die älteste Hochschule der Schweiz. Von Anfang an deckte sie alle Fakultäten ab. 1996 wurde die Universität von der kantonalen Verwaltung abgekoppelt. Seither funktioniert sie autonom. Der Name der traditionsreichen Universität ist mit bekannten Wissenschaftlern auf den verschiedensten Gebieten verbunden, etwa mit dem Mathematiker Jean Bernoulli, dem Historiker Jacob Burckhardt oder dem Theologen Karl Barth.

Studierende: 8700

Studiengebühren: Fr. 700/Semester

Die Umwelt-Uni

Uni Bern Ihre Wurzeln gehen auf das 1528 gegründete Seminar zurück, in dem reformierte Pfarrer ausgebildet wurden. Seit 1835 wird die Schule als Universität geführt. Bei der Forschung kommt den Umweltwissenschaften grosse Bedeutung zu. Die Universität Bern ist führend in der Erforschung des Klimas und der Beziehungen zwischen Weltnorden und -süden.

Studierende: 12 000

Studiengebühren: Fr. 655/Semester

Die Grösste

Uni Zürich · Sie ist die grösste universitäre Hochschule in der Schweiz. Auch die Universität Zürich hat in ihrer Geschichte mehrere Nobelpreisträger hervorgebracht. Gegründet wurde sie im Jahr 1833, ihre Anfänge gehen bereits auf das 16. Jahrhundert zurück. Sie umfasst heute sieben Fakultäten sowie 150 Institute, Seminare und Kliniken. Hinzu kommen neun Museen und ein botanischer Garten. Zur Förderung der Mobilität der Studierenden arbeitet die Universität Zürich eng mit mehr als 170 zumeist europäischen Universitäten zusammen.

Studierende: 22 362

Studiengebühren: Fr. 640/Semester

Die Managementschule

Uni St. Gallen Die heutige HSG wurde 1911 als universitäre Hochschule mit Schwergewicht auf den Wirtschaftsfächern tätig. Sie ist betont praxisorientiert und bietet - obschon eine kleine Universität - in der Schweiz das ausgedehnteste Programm auf diesem Gebiet an. Seit einigen Jahren hat die HSG ihre Beziehungen zu prominenten Wirtschafts- und Hochschulen im Ausland ausgebaut.

Studierende: 5000

Studiengebühr: Fr. 920/Semester

Die Jüngste

Uni Luzern · Sie ist die jüngste und nach der Zahl der Studierenden die kleinste Universität der Schweiz. Sie wurde erst im Mai 2000 durch einen Volksentscheid im Kanton Luzern zu einer Universität. Ihre Wurzeln als höhere Bildungsstätte, die lange Zeit von den Jesuiten geführt wurde und ein vollständiges philosophisch-theologisches Studium ermöglichte, reichen allerdings bis ins 16. Jahrhundert zurück. Heute stehen drei Fakultäten zur Auswahl.

Studierende: 900

Studiengebühren: Fr. 715/Semester

Die Kosmopolitische

Uni Genf · Sie geht auf die Gründung der Genfer Akademie im Jahre 1559 durch Jean Calvin zurück. Seit der Einführung einer medizinischen Fakultät 1873 funktioniert sie als Universität. Heute umfasst die Universität Genf eine Reihe von spezialisierten Instituten

wie zum Beispiel das Institut für Internationale Studien. Seit je zog die Universität Genf Studierende und Forscher aus der ganzen Welt an - darunter politisch Verfolgte.

Studierende: 14 000

Studiengebühren: Fr. 500/Semester

Die Tolerante

Uni Lausanne · 1537 gegründet, gehört die Universität Lausanne heute zu den mittelgrossen. Sie umfasst sieben Fakultäten und zeichnet sich durch grosse Offenheit aus: Ihre Studierenden stammen aus über 80 Ländern. Besonders kompetent ist die Universität Lausanne in den verschiedenen Disziplinen der Biologie. Seit kurzem führt sie im Sinne des Bologna-Abkommens ein dreistufiges Abschlussystem.

Studierende: 10 000

Studiengebühren: Fr. 560/Semester

Die Beschauliche

Uni Neuenburg Ihren Betrieb als Universität hat sie 1909 aufgenommen. Sie zählt zu den kleineren im Land. Medizin wird nicht angeboten. Rund 40 Prozent der Studierenden stammen aus andern Kantonen, 12 Prozent aus dem Ausland.

Studierende: 3300

Studiengebühren: Fr. 1000/Semester.

Die Zweisprachige -

Uni Freiburg Ihren Sitz hat sie in einer Kleinstadt, sie gehört heute aber zu den mittelgrossen Universitäten der Schweiz und strahlt weit über die Kantonsgrenzen hinaus. Sie ist die einzige zweisprachige Universität im Land. 63 Prozent ihrer Studierenden stammen aus andern Kantonen, 15 Prozent aus dem Ausland. Sie verleiht Abschlussdiplome gemäss den Richtlinien des Bologna-Abkommens.

Studierende: 10 000

Studiengebühren: Fr. 605/Semester.

Die Italienische

Uni der italienischen Schweiz - 1996 entstanden, ist sie die einzige Universität ausserhalb Italiens, wo man Italienisch spricht. Sie konzentriert sich auf die Fachgebiete Wirtschaft, Kommunikationswissenschaften, Informatik und Architektur. Heute wird an zwei Standorten gelehrt: Wirtschaftswissenschaften, Kommunikation und Informatik in Lugano, Architektur in Mendrisio. Seit ihrer Gründung ist die Universität rasch auf 1500 Studierende aus 35 Nationen gewachsen. Bezüglich Studiengebühren ist sie mit Abstand die teuerste Hochschule in der Schweiz. Sie kennt bereits das dreistufige Abschlusssystem gemäss Bologna-Abkommen. Wegen ihrer geografischen und kulturellen Position nimmt die Universität der italienischen Schweiz eine Brückenfunktion zwischen Nord- und Südeuropa ein.

Studierende: 1500, davon ein Drittel international.

Studiengebühren: Fr. 2000/ Semester bzw. Fr. 4000 für Studierende aus dem Ausland.

Erschliessung

Topterm: Bildung; Wirtschaft; Politik

Kategorie: Bildung, Schule, Hochschule; Unternehmen, Management; Regierung, Parlament, Partei

Personen: Christian Aeberli; Martin Fischer; Nivardo Ischi; Franz Imhof

Organisationen: Reto Wissmann

Geographie: Schweiz;

Freitext: Interview; Liste; Grafik; Vergleich